

# RS Vwgh 1994/8/9 94/17/0298

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.08.1994

## Index

L34009 Abgabenordnung Wien  
10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht

## Norm

BAO §311 Abs2;  
B-VG Art132;  
LAO Wr 1962 §243 Abs2;  
VwGG §27;  
VwGG §28 Abs1 Z2;  
VwGG §28 Abs1 Z6;  
VwGG §28 Abs3;  
VwGG §34 Abs1;

## Rechtssatz

Liegt ein Devolutionsantrag iSd § 27 VwGG nicht vor und läßt auch der allgemein formulierte Antrag des Bf an die Verwaltungsbehörde (hier auf Rückzahlung von entrichteten Abgaben) ein konkret umschriebenes Begehren nicht erkennen, so ist vom VwGH auf die Frage der Umdeutung der in der Beschwerde ausdrücklich bezeichneten belangten Behörde nicht einzugehen, sondern die Beschwerde zurückzuweisen (Hinweis B 22.2.1991, 90/17/0181).

## Schlagworte

Anrufung der obersten Behörde Verletzung der Entscheidungspflicht Diverses Zurückweisung - Einstellung

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1994:1994170298.X02

## Im RIS seit

20.11.2000

## Zuletzt aktualisiert am

15.02.2010

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)